

## **Memorial der Landsgemeinde 1918**

### **Abschaffung der Bussenanteile**

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Glarus hat zu Händen des Memorials den Antrag eingereicht: «Revision der kantonalen Strafbestimmungen in dem Sinne, dass die Klausel – die Hälfte der Busse fällt dem Anzeiger zu – (Verleideranteil) aus denselben, wie von den Verbotstafeln zu entfernen sei.»

Der Antrag wird mit folgenden Ausführungen begründet:

«Als Grundlage für unseren Antrag möchten wir das Motto anführen: Der grösste Lump im ganzen Land, das ist der Denunziant.

Es kann gewiss auch Ihnen nicht unbekannt sein, welche grosse Rolle der Hass und der Neid im tagtäglichen Leben spielen und gerade in unser Gerichtswesen hinein charakteristisch wirken. Das Denunziantentum wirkt da aufsehenerregend und es ist nicht mehr Derals die Pflicht der massgebenden Instanzen, dessen Wirkungen entgegen zu treten. Wir glauben, dass es nicht notwendig wie, auf die moralische Seite dieser Frage hinzuweisen, da die Folgen offensichtlich zu Tage liegen. Einen erzieherischen Wert kann eine Denunziation nie in sich bergen, es sei denn eben eine Rückwärtserziehung. Wie viele Ungerechtigkeiten sind da schon vorgekommen nur dadurch, dass Leute mitverzeigt worden sind, die durch irgend einen Zufall in den Bereich eines strafwürdigen Handels gekommen sind. Es trägt eben dem Anzeiger umso mehr ein, als es an Bussen regnet. Dabei sind natürlich die Anzeigen von Privaten zu unterscheiden. Doch auf beiden Seiten haben solche Bestimmungen etwas Verlockendes an sich, dem sich doch auch amtliche Organe nicht immer zu entziehen vermögen. Es soll daher vielmehr darauf Bedacht genommen werden, den amtlichen Organen durch eine feste auskömmliche Besoldung jeder, nur auf Erwerb ausgehenden Handlung zu begegnen. Es ist nicht anzunehmen, dass, wenn diese Bestimmungen gefallen sind, nachher alles Unrecht triumphiere, denn alle diejenigen, denen an Recht und Ordnung gelegen ist, die werden für bewusstes Unrecht Sühne fordern. Dem niedrigen Denunziantentum ist aber dadurch eine wichtige Handhabe genommen. Wir betrachten das Volk für so reif, dass es sich dieser Forderung annehmen und dessen auch zu würdigen wissen wird.»

Der Landrat empfiehlt die Ablehnung des vorliegenden Memorialsantrages.

Vor allem lehnt es der Landrat energisch ab, die Kläger in Straffällen, seien es nun Landjäger oder Private, als Denunzianten zu bezeichnen und von Denunziantentum zu sprechen, wo es sich in Wirklichkeit nur um die Erfüllung einer Pflicht handelt, einer Pflicht, die für den Landjäger geboten ist und die auch der Private im öffentlichen Interesse noch mehr als bis anhin erfüllen sollte.

Was nun die angeregte Abschaffung des Bussenanteils –  $\frac{1}{2}$  für den Privatanzeiger,  $\frac{1}{4}$  für den Landjäger -, so hat dieser Gegenstand die Landsgemeinde auch schon beschäftigt. In den 40er Jahren wurde der Anteil für die Landjäger von der Hälfte auf  $\frac{1}{4}$  reduziert. In neuerer Zeit wurde bei Anlass der Erhöhung des Landjägersoldes im Jahre 1911 im Landrat der Antrag gestellt, die Bussenanteile für die Landjäger fallen zu lassen, welcher Antrag indes mit 49 gegen 3 Stimmen abgelehnt wurde. Es wurde damals von Seite der Polizeidirektion eingewendet, dass eine Beseitigung des Bussenanteils des Landjägers, soweit der Vollzug der Bundesgesetze für Jagd und Fischerei in Betracht komme, unmöglich sei, dass die Beseitigung des Bussenanteils die Revision verschiedener kantonalen Gesetze zur Voraussetzung hätte und dass auch materiell die Aufhebung des Bussenanteils ungerechtfertigt wäre, da dem Polizisten eine Entschädigung für die nichts weniger als angenehme Aufgabe der Klageeinleitung unstreitig gebühre. Namentlich in kleineren Fällen finde meist eine Verwarnung statt, bevor Klage erhoben werde.

Die Bussenanteile betrugen in den Jahren 1914/16:

	im Ganzen	Jagd	Fischerei	andere Übertretungen
1914	1912.50	158.45	132.-	1622.05
1915	1903.35	56.95	141.65	1704.75
1916	1643.05	283.50	128.40	1231.15

Es mag zugegeben werden, dass der Bussenanteil des Anzeigers vielfach als stossend empfunden wird, und wir haben durch Erhebungen in anderen Kantonen festgestellt, dass in der Tat eine Reihe von Kantonen den Bussenanteil nicht kennen oder abgeschafft haben, so z. B. der grosse Kanton Bern, der die Bussenanteile 1885 aufhob und durch Prämien ersetzte. Ebenso besteht kein Bussenanteil in Uri, Schaffhausen, Aargau, dagegen bestehen solche u. a. in Graubünden, Schwyz, Baselland. Meistenteils sind dann die Bussen durch Prämien ersetzt.

Wir halten nun nach wie vor dafür, dass durch den Bussenanteil, welcher dem einzelnen Landjäger eine Nebeneinnahme bis Fr. 200.- und drüber verschafft, nicht nur die Tätigkeit und der Dienstfeifer des einzelnen Mannes fördert, sondern auch der Parteilichkeit vorgebeugt und der Gleichstellung jeden Bürgers vor dem Gesetze Rechnung getragen werde. Der Vorwurf der Klageerhebung bloss des Bussenanteils wegen ist wohl in den meisten Fällen unbegründet. Die gleichen Leute, welche diesen Vorwurf erheben, wären wohl bei Abschaffung der Bussenanteile sofort bereit, dem dienstfeifrigen Landjäger den noch schwereren Vorwurf der Klageeinleitung aus Hass und Missgunst zu machen. In jedem Falle müsste der Ausfall, den die Landjäger bei Aufhebung der Bussenanteile erleiden würden, denselben in irgend einer Form vergütet werden. Geschähe dies in Form einer Prämie, so käme dies nur einer formellen Änderung des Systems gleich, materiell blieb sich die Sache ganz gleich. Würde aber der Bussenanteil durch eine gleichmässige Besoldungszulage ersetzt, so hätte dies wohl zur Folge, dass der bisher dienstfeifrige Landjäger seine Bestätigung in der Verfolgung von Polizeiübertretungen einschränken würde, um den unangenehmen Folgen der Klageeinleitungen zu entgehen. Wie unangenehm Klageeinleitungen sind, wissen wir schon durch die Tatsache, dass eine Grosszahl von Verleumdungen gar nicht eingeklagt werden. Eine besondere Besoldungserhöhung für solche Landjäger, welche keine Klagen einleiten, hätte gar keinen Sinn. Die Klageeinleitung ist aber auf den verschiedensten Gebieten – wir erinnern bloss an das Polizei- und Wirtschaftswesen, das Strassenwesen, die Lebensmittelpolizei usw. – im hohen öffentlichen Interesse gelegen. Wir dürften wohl auch nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, dass unter dem neuen System die Gleichheit vor dem Gesetz stark beeinträchtigt würde.

Sodann ist auch neuerdings festzustellen, dass in den Bundesgesetzen über Jagd und Vogelschutz und betreffend Fischerei der Bussenanteil des Landjägers ausdrücklich vorgesehen ist und nicht kantonal abgeschafft werden kann.

Am zahlreichsten sind wohl die Klagen wegen Übertretung der Polizeistunde und von dieser Seite wird wohl auch am meisten gegen den Bussenanteil der Landjäger Opposition erhoben; andererseits kann konstatiert werden, dass trotz dieses Bussenanteils in dieser Sache offenbar eher zu wenig als zu viel Klageeinleitungen stattfinden und eine noch laxere Handhabung der einschlägigen Gesetzesvorschriften denn doch vermieden werden sollte. Der Antrag der Eingebor geht übrigens noch viel weiter, indem derselbe den sogenannten Verleider-Anteil gänzlich, also auch für Privatklagen, abschaffen will. Wir fürchten bei Annahme eines solchen Antrages eine ernste Gefährdung einer wirksamen Handhabung von Gesetz und Ordnung in unserem Kanton

## **Protokoll der Landsgemeinde 1918 / §12**

### **Abschaffung der Bussenanteile**

Von der sozialdemokratischen Partei des Kantons Glarus ist zu Händen des Memorials der Antrag eingereicht worden:

«Revision der kantonalen Strafbestimmungen in dem Sinne, dass die Klausel – die Hälfte der Busse fällt dem Anzeiger zu (Verleideranteil – aus denselben wie aus den Verbotstafeln zu entfernen sei.»  
Der Antrag bezweckt laut seiner Begründung: «dem niedrigen Denunziantentum eine wichtige Handhabe zu nehmen.»

Der Landrat lehnt die Bezeichnung der Kläger in Straffällen als Denunzianten energisch ab. Er hält dafür, dass durch den Bussenanteil nicht nur die Tätigkeit und der Diensteifer des einzelnen Mannes gefährdet, sondern auch der Parteilichkeit vorgebeugt und der Gleichstellung der Bürger vor dem Gesetze Rechnung getragen werde und weist ferner darauf hin, dass eine gänzliche Abschaffung der Bussenanteile ausgeschlossen sein, weil sie zum Teil in Bundesgesetzen festgestellt sind.

Der Landrat beantragt die Ablehnung der Memorialeingabe.

An der Landsgemeinde tritt ein Redner für den Antrag auf Abschaffung der Bussenanteile ein. Die Klageerhebung soll bei den Polizeiorganen aus Pflichtbewusstsein und nicht aus Erwerbsgründen erfolgen. An die Stelle der Prämierung der einzelnen Klage sei die angemessene Besoldung des Polizeikorps für die Pflichterfüllung zu setzen.

Redner beantragt, es seien die durch die kantonale Gesetzgebung festgesetzten Bussenanteil sowohl für Amt- als Privatpersonen ausser Kraft zu setzen. Dieser Beschluss soll sofort nach erfolgter Neuordnung der Besoldungsverhältnisse des Polizeikorps, wobei der Wegfall der Bussenanteile zu berücksichtigen ist, in Kraft treten.

Dieser Antrag wird in der Abstimmung gegenüber dem landrätlichen Antrage mit grosser Mehrheit zum Beschlusse erhoben.